# Apartheid erntet Sturm

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **70 (1976)**

Heft 6

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-142573

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

# Apartheid erntet Sturm

Die längst vorausgesagte Abrechnung der Schwarzen Südafrikas mit der Apartheidspolitik der Regierung Vorster scheint begonnen zu haben. Es ist zwar die Politik aller Regierungen, seit 1948 die Afrikaans sprechenden Nationalisten an die Macht kamen. Das Gemetzel von Sharpeville (1960) gab einen Begriff, wie die auf «getrennte Entwicklung» eingeschworenen Nationalisten die Auflehnung der Schwarzen gegen das unmenschliche Regime der Weißen beantworten würden. Jetzt ist Soweto, mit doppelt so vielen Opfern und über tausend Verwundeten dazu gekommen. Wenn die Zeitungen berichten, wie nach Sharpeville hätte die Lage sich wieder beruhigt, so ist wohl der Wunsch Vater des Gedankens. Der Aufruhr soll als Protest gegen die obligatorische Ausdehnung des Afrikaans-Unterrichts an den Schulen der Schwarzen ausgebrochen sein. Das wäre an sich ein Grund zur Rebellion, denn Afrikaans, die Sprache, die außer in Südafrika, nirgends gesprochen wird, blockiert sozusagen die Bildungsmöglichkeiten der Schwarzen und zwingt sie, weiter im Dienst ihrer Unterdrücker zu verharren. Außerdem ist diese Sprachfrage nur eine von den vielen Plagen, die ihnen auferlegt sind; neue Unruhen werden sich an anderen Ursachen entzünden.

In Wirklichkeit ist es der seit Jahrzehnten aufgestaute Druck, verbunden mit der gründlichen Veränderung der politischen Situation, die sich aus dem Rückzug Portugals aus Afrika ergeben hat, was Anlaß zum Massaker von Soweto gab. Die einstimmige Verurteilung der Apartheid, wie die gewalttätigen Folgen solcher Politik durch den Sicherheitsrat (19. Juni), die Ankündigung einer offenen Rebellion von 18 Millionen Schwarzen durch den Botschafter Tanzanias bei der UNO, sind eine unüberhörbare Warnung an Südafrika.

**Colin Legum,** der Berichterstatter des **«Observer»,** berichtet über die neue Situation was folgt:

«Dr. Kissinger, der US-Staatssekretär, ist willens, eine Vermittlung zwischen Südafrika und Schwarz-Afrika, das heißt der Organisation für afrikanische Einheit, OAU, zu übernehmen, vorausgesetzt, daß Premier John Vorster am verhängnisvollen Zusammentreffen mit Kissinger in Deutschland (23.-24. Juni) genügende Konzessionen macht. Kissinger wird Vorster ein Packet von Forderungen unterbreiten, die sowohl Rhodesien, Namibia wie Südafrika betreffen. Er will Südafrika durch ein befristetes Abkommen Zeit für innenpolitische Aenderungen gewähren, unter der Voraussetzung, daß massive Fortschritte erzielt werden in der Unabhängigkeit von Rhodesien und Namibia und zwar Fortschritte, die von der OAU akzeptiert werden.

Mr. Vorster wird aufgefordert werden, schärfsten Druck auf das Smith-Regime auszuüben, damit dort endlich der Grundsatz einer Regierung der schwarzen Mehrheit zugestanden wird. Vorster wird ebenfalls die Teilnahme der westafrikanischen Volkspartei SWAPO an der Bildung der Unabhängigkeits-Verfassung Namibias akzeptieren müssen.

Nur wenn Vorster das erwähnte Packet von Forderungen annimmt, soll sich Kissinger bereit erklärt haben, mit der OAU über die (von Südafrika gewünschte) Anerkennung Transkeis als unabhängiger Staat, im Oktober dieses Jahres, zu verhandeln.

Kissinger ist jedoch entschlossen, keine Abmachungen zu treffen, die nicht zum Voraus der Zustimmung der OAU gewiß sind.»

Soweit Colin Legum. Wie die Regierung Vorsters auf diese Forderungen reagieren wird, ist eine offene Frage, ist sie doch noch immer auf die Unterstützung der reaktionären Gruppe ihrer «Buren» angewiesen, die nur Zwangsmaßnahmen verstehen und jede Konzession als Schwächezeichen betrachten. Natürlich hat die Metzelei in Soweto dem «Image» Südafrikas, als einem Land, das die Sicherheit fremder Investitionen garantieren kann, schon schwer geschadet. Noch ist nicht klar, wie weit dieKettenreaktion von Gewalttaten sich ausbreiten wird; sie richten sich in erster Linie gegen die Einrichtungen, die auf die Regierung zurückgehen: Schulen, Spitäler — aber, was das Schlimmste befürchten läßt, darüber hinaus gegen alle Weißen, seien sie noch so liberal und pro-afrikanisch gesinnt. Mit einem Wort, die trügerische Sicherheit Südafrikas ist dahin. Red.

# Hinweis auf ein Buch

ROGER GARAUDY: **Menschenwort.** Ein autobiographischer Bericht 1976. Verlag Fritz Molden, Wien. Fr. 32.70.

Der französische Christ und Kommunist Roger Garaudy ist bei uns kein Unbekannter, doch freuen wir uns, in diesem autobiographischen Bericht die uns bekannten Tatsachen in ihre logische Folge gestellt zu sehen. — Mit zwanzig Jahren trat der junge Christ der kommunistischen Partei Frankreichs bei. Während sechsunddreißig Jahren diente er ihr teils im Zentralkomitee, teils im Politbüro. 1970 wurde er ausgeschlossen, unter anderem wegen seiner Kritik am Parteiprogramm, dessen Sozialismus «die Züge eines engen pseudowissenschaftlichen und rein ökonomischen Systems annimmt, statt daß er, wie es Marx und Mao getan haben, aus einer totalen Schau des Menschen unserer Zeit her definiert würde».

In diesem Bericht prüft Garaudy seine Grundlagen und analysiert die Möglichkeien der Zukunft. Er ist überzeugt, daß der Mensch die Zukunft erfinden soll, daß alle Menschen sich am «Ersinnen der Zukunft» beteiligen sollen: die Gestaltung der Zukunft auf der Ebene des Volkes, nicht nur für